

Volks-Zeitung

Halle'sche Neueste Nachrichten, Handelsblatt für Mitteldeutschland

Die Kalle-Zeitung erscheint wöchentlich dreimal und zwar als Feilblatt. Die Bezugsgebühr beträgt in Stadt und Land sowie durch die Post bei freier Zustellung monatlich M. 12.00, in den Ausgabestellen absteht M. 11.00 monatlich. Die abgabestellen Halle'sche-Zeitung, Halle M. 1.20, im auswärtigen Verkehr M. 1.50. Postamt der Halle'sche-Zeitung, Halle M. 4.00 im auswärtigen Verkehr. Tagespreis: 10 Pf. Die Halle'sche-Zeitung ist ein wöchentliches Feilblatt. Die Bezugsgebühr beträgt in Stadt und Land sowie durch die Post bei freier Zustellung monatlich M. 12.00, in den Ausgabestellen absteht M. 11.00 monatlich. Die abgabestellen Halle'sche-Zeitung, Halle M. 1.20, im auswärtigen Verkehr M. 1.50. Postamt der Halle'sche-Zeitung, Halle M. 4.00 im auswärtigen Verkehr. Tagespreis: 10 Pf. Die Halle'sche-Zeitung ist ein wöchentliches Feilblatt.

Geschäfts-Redaktion: Halle a. S., Neue Promenade 1a und Große Neubaustraße 17. Geschäfts-Verwaltung: Halle a. S., Neue Promenade 1a und Große Neubaustraße 17. Geschäfts-Verwaltung: Halle a. S., Neue Promenade 1a und Große Neubaustraße 17. Geschäfts-Verwaltung: Halle a. S., Neue Promenade 1a und Große Neubaustraße 17.

Um die Reparationsnote.

Konferenz beim Reichskanzler — Einmütigkeit aller Minister — Proteste von Wirtschaftsverebänden
Bedenken des „Figaro“.

Die Ministerausprache.

Montag nachmittag 3 Uhr fand im Reichskanzlerhaus unter Vorsitz des Reichskanzlers und in Anwesenheit der Reichsminister des Auswärtigen und des Innern, des Reichswirtschaftsministers und des Leiters des Wiederaufbauministeriums eine Ausprache mit den präsidierenden Mitgliedern der Ränder über die Note der Reparationskommission vom 21. März statt. Der Reichskanzler und der Minister des Auswärtigen entwickelten in längerer Ausführungen die Anschauungen der Reichsregierung. An der Ausprache, an der die Minister und Staatspräsident der meisten Ränder sich beteiligten, ergab sich einmütige Uebereinstimmung mit den Grundrissen der von der Reichsregierung in dieser Frage befolgten und fortzuführenen Politik, die Dienstag in der Rede des Reichskanzlers ihren Ausdruck finden wird.

Kundgebung

gegen die Pariser Bedingungen.

Eine Tempopause von fünf Jahren nötig.

Bei der Eröffnung der Wahlen der Deutschen Demokratischen Partei in Köln legte Reichsminister a. D. Dr. Brüning in einer stark bekundeten Verlesung u. a. das die wirtschaftliche Zukunft Deutschlands schwer bedroht sei; die Zugewinnnisse der Entente könnten nicht als Moratorium bezeichnet werden, da sie uns neue Lasten auferlegen, die selbst bei einer Finanzkontrolle und bei weiteren hundert Millionen neuer Steuern nicht geteilt werden könnten. Das Gebot der Stunde sei daher, den alliierten Regierungen die Unersättlichkeit dieser Forderungen klarzumachen und damit den Weg zu vernünftigen Verhandlungen zu bahnen. Was uns not

tu, sei ein wirtschaftliches Moratorium, das eine Tempopause von fünf bis zehn Jahren vorsehe, in der der eigene Wiederaufbau vorgenommen und Unterlagen für Kredite und internationale Anleihen geschaffen werden könnten. Dies müßte auch Genua beachtet werden. Für die Erlangung des Kredits sei aber noch ein besonderes Vertrauen im Ausland nötig; dieses könne nur erreicht werden, wenn wir an der Erfüllungspolitik festhalten, inwieweit wir könnten. Wie diejenigen, die die Erfüllung der eingegangenen Verpflichtungen ablehnten, betrieben S. abotage am Kredit des deutschen Vaterlandes.

Der Gesamtanstoß der schleswig-holsteinischen Unternehmerverbände, der 450 000 Unternehmer aus Landwirtschaft, Industrie, Handel und Gewerbe umschließt, befaßt sich in Kiel mit der neuen Note der Reparationskommission. Einmütigkeit wurden die neuen Forderungen und bedauerlichen Eingriffe in die Souveränität des Reiches als entsetzliche abgelehnt. Eine in diesem Sinne gefasste Entschließung wurde dem Reichskanzler und sämtlichen Parteien des Reichstages überhandt.

Der bedenkliche Figaro.

Paris, 27. März. In einer Betrachtung über das deutsche Problem schreibt „Figaro“: Man möchte die öffentliche Meinung, vielleicht auch die Regierung selbst vor einem Leiden, aber sehr gefährlichen Folge warnen. Die Entschiedenheiten der Reparationskommission sind eben nur Resolutionen; gegenüber der von Deutschland angenommenen passiven Haltung verdammt sie nicht viel. Wer weiß, ob nicht irgend jemand in Europa auf einen ungenügenden Anstoß der Zwangsmittel wartet, um zu sagen, die Erfahrung habe bewiesen, daß der Verfall der Friedensordnung resultiert werden muß. Man hat uns zwar gesagt, daß in Genua weder von den Reparationen noch von der Betrügnis die Rede sein soll; man hat den Weg unter unseren Füßen gebogen, aber wer weiß, ob nicht doch eine Falltür vorhanden ist.

Demokratie und Parteiwesen.

Von

Dr. Ludwig Haas-Karlstraße, W. d. R.

Wir Demokraten haben in uns die starke Ueberzeugung, daß Deutschland um seiner Zukunft willen die Demokratie braucht. Es ist das tragische Schicksal des deutschen Volkes, daß nicht nur dem Kriege die Demokratisierung und Parlamentarisierung einleitete und durchgeführt wurde. Die neue deutsche Demokratie wäre anders verlaufen, wenn sich Deutschland rechtzeitig zur Demokratie bekant hätte. Auch es ist sehr zu bedauern, daß die Demokratie in dem Vertrauen der Politik nicht befreit, daß schon aus augenpolitischen Gründen eine Ueberrumpelung der demokratischen Parteien unmöglich ist. Da aber, jezt mehr als je, unsere Politik von augenpolitischen Erwägungen bestimmt wird und bestimmt werden muß, ist damit die Rechtfertigung des demokratischen Staates und die Befestigung seiner Notwendigkeit gegeben.

Ein zweites kommt dazu. Wir brauchen, wenn wir als einig Volk durch diese furchtbare Periode hindurchkommen wollen, ein hartes Nationalgefühl und ein festes Staatsbewußtsein. Beides wird gefördert durch die Demokratie. Wenn das Volk — anders als beim Verfallenswohl — recht, anders als bei der Ernennung der Minister durch den Monarchen, ohne Rücksicht auf Parteimehrheiten, Einfluß hat auf die Vertung seiner Geheime, wenn der einzelne Bürger sich als Teil des Staates und als mitverantwortlich für den Staat erkennt, wird kein Nationalgefühl und kein Staatsbewußtsein gefördert.

Aber auch zur Wiederaufrichtung der durch den Zusammenbruch im November 1918 schwer erschütterten Staatsautorität müssen wir das Volk mit demokratischem und republikanischem Denken erfüllen. Die maßlose Hege der Rechten gegen die Republik, die nicht den Krieg, und die falsche Politik des alten Systems für un'er Schuld verantwortlich macht, sondern mit böser Demagogie die Republik für unsere nationale und wirtschaftliche Not haltbar machen will, trägt nicht zur Festigung der Staatsautorität bei. Und wenn Hagen die alten Leute über den Mangel an Staatsautorität — Nicht wegen irgendwelcher volklicher Theorie, sondern aus sehr praktischen Erwägungen nützlichere Staatspolitik kämpfen wir für die Verbreitung demokratischer Gedanken.

Wir wollen unsere Kampf sachlich und in Achtung vor den Ueberzeugungen der anderen Parteien führen.

Wir haben gemeinsam mit dem Zentrum und der Sozialdemokratie in schweren, allerhöchsten Zeiten den zusammengebrochenen Staat wieder aufgebaut und Deutschland vor der Anarchie bewahrt. Vieles trennt uns vom Zentrum, vieles von der Sozialdemokratie. Aber beide Parteien haben sich gemeinsam mit uns eifrig für die Demokratie und für die Republik eingesetzt.

Wir haben aber auch während einer kurzen Spanne gemeinsam mit Zentrum und Volkspartei die Reichsregierung gebildet. Wenn das schon einmal möglich war, kann die Zusammenarbeit mit der Volkspartei auch in Zukunft wieder möglich werden. Voraussetzung ist aber ein hartes Bekenntnis der Volkspartei zur Verfassung. Das Bekenntnis war damals abzugeben. Aber es war peinlich, daß trotzdem draußen im Lande, während in der Regierung mit den völksparteilichen Ministern sachliche Arbeit geleistet wurde, in der völksparteilichen Presse und in völksparteilichen Verlesungen gegen die Republik gehetzt wurde. Auch jenes Witztrauensvotum gegen den Reichskanzler Wirth, das die Volkspartei in unbegründeter und unklarer Weise abgegeben hat, in der Hoffnung, daß Wirth doch eine Mehrheit bekommt, hat den Gedanken der großen Koalition nicht gefördert. Trotzdem bleibt es eine Tatsache bestehen, daß die Mitarbeit der Volkspartei wünschenswerter wäre; wir haben kein Interesse daran, die Volkspartei die hinter der Volkspartei stehen, mit Gewalt in der Opposition zu halten. Aber man wird sich in jenen Kreisen darüber klar sein müssen, daß man nicht gleichzeitig im Reichstag Regierungspartei und draußen im Lande Oppositionspartei sein kann. Die Lösung des Problems wird davon abhängen, ob in der Volkspartei die Erwägungen sachlich denkbarer Führer oder parteigattatorische Wünsche das Ueberwiegende haben.

Mit den Radikalen rechts und links ist eine Verständigung nicht möglich. Wer die Verfassung ablehnt, um die Monarchie oder um die Diktatur des Proletariats zu erlangen, kann für die Demokratie kein Bundesgenosse sein.

Man soll stets versuchen, sich in das Denken jeder politischen Richtung einzufühlen; man darf begreifen, daß die verschiedenen politischen Ansichten und kommunistischen Gedanken Anhänger finden. Aber eine Politik, die die Staatsautorität untergründet und die für Verfall und Gebelmdende liebende Entschuldigungen hat, die die Gefahr des Bürgerkrieges heraufbeschwört, muß getadelt werden. Insofern und insofern haltenden Denkens abzulehnt werden. Wir machen keinen Unterschied zwischen den Feinden des Staates, ob sie rechts oder links stehen. Wir werden uns gegen den Kommunismus, wie das deutsche Volk nicht durch eine Periode russischer Not und russischer Elend hindurchgehen soll. Aber die Gefahr blutiger innerer Kämpfe, die Gefahr der Anarchie und des Verfalls des Reiches wird durch Fortsetze der Radikalisierung des Reiches heraufbeschwört, die durch Fortsetze der Völksparteilichen. Wir brauchen auf lange Zeiten hinaus die Politik der Mitte. Das ist eine harte, freundliche Politik; sie begehert nicht. Sie

Die Sonntagssitzung

der Sachverständigenkonferenz.

Laut „Daily Telegraph“ bildete in der Sitzung der Sachverständigenkonferenz am Sonntag vormittag das Memorandum Sir Basil Blackett über die allmähliche Wiederherstellung des Goldstandes den Hauptgegenstand und die Hauptgrundlage der Beratungen. In der Sitzung am Sonntag nachmittag unterzogene der Untersuchung den Entwurf des Berichtes über die Frage der russischen Schulden. Das hervorragende Merkmal dieses Berichtes sei der Vorschlag, daß ein Ausfluß für die russische Schuld geschaffen werden soll. Sonntag morgen erhielt laut „Daily Telegraph“ der allgemeine Bericht der Vorschläge des Ausschusses betreffs Auslands seine endgültige Fassung. Weiter hat sich, wie gemeldet wird, der Ausschuß mit der Frage der Festigung der Währungen und der internationalen Korporation für den Wiederaufbau Europas befaßt.

Der italienische Außenminister in London.

Ueberrassungen in Paris.

Der Pariser Berichterstatter der „Morningpost“ schreibt: Der Beschluß des italienischen Außenministers, nach England zu reisen, um mit Lloyd George zusammenzutreffen, erregte in Pariser politischen Kreisen ungeheures Aufsehen. Die Reise werde in Paris als Zeichen dafür angesehen, daß die Konferenz für den nahen Osten bezüglich der schwierigen Fragen, die mit einer Änderung des Vertrags von Sevres zusammenhängen, nicht so gut verlaufen ist, als man hoffte.

Der diplomatische Berichterstatter des „Daily Telegraph“ schreibt, dem Londoner Besuch des italienischen Außenministers, der beschlossene, mit Lloyd George über die Genuefer Konferenz zu beraten, werde in London beträchtliche Bedeutung beigemessen. Die Beratungen zwischen den beiden Staatsmännern können als natürliches Folge und als Ergänzung der Boulouger Konferenz zwischen Poincaré und Lloyd George angesehen werden.

Der italienische Außenminister Schanzer verließ Paris Montag abend auf der Reise nach London. Er werde am 28. März wieder in Paris zurückzukehren.

Die griechisch-türkische Frage.

Beseidigung der Beratungen in Paris. — Nationale Wiederherstellung der Türkei.

Die drei alliierten Außenminister besetzten Sonntag abend ihre Beratungen über die Orientfrage in einer letzten Nachsitzung. In offiziellen Veröffentlichungen wird erklärt, daß man nach einer umfassenden Prüfung der im nahen Orient durch die Lage geschaffenen Probleme zu Konstantinopel gelangte, die in Athen, Konstantinopel und Angora mitgeteilt wurden. Diese Entschiedenheiten seien in einem Exposé niedergelegt, dessen Text erst Montag mittag der Presse vollkommen übermittleit werde. Die

Minister ließen jedoch vorher folgende Zusammenfassung mitteilen:

Die Verständigung über die Vorschläge, mit denen sich die Minister der beteiligten Parteien befaßt haben, hätten ihre Grundlage in dem gemeinsamen Wunsch, den Frieden zwischen der Türkei und Griechenland wiederherzustellen, ohne allerdings einer der Parteien Bedingungen aufzulegen, die ihnen als Niederlage oder Mißerfolg erscheinen könnten. Die Minister wünschten die türkische Nation und die türkische Macht unter Bedingungen wiederherzustellen, die den Zielen gestatteten, unter Selbstbehaltung ihrer Hauptstadt Konstantinopel wieder ein unabhängiges nationales Dasein zu führen. Sie wünschten ferner den Muslimen das gesetzliche Recht wiederzugeben und die jehudisierende Autorität des Sultans aufrechtzuerhalten. Andererseits wünschten sie der griechischen Nation die Schadloshaltung für die Opfer zu geben, die sie während des Krieges für die Sache der Alliierten auf sich genommen haben. Damit künftig zwischen den beiden Völkern gegenseitiges Vertrauen herrsche, hätten die drei Minister Schutz und Sicherheitsmaßnahmen für die Minderheiten der Muslimen wie der Griechen in Europa und Asien vorgezogen. In diesem Geiste wurde auch ein Waffenstillstandsorschlag gemacht in der Absicht, die frieliche Räumung Kleinasiens durchzuführen. Wenn diese Operationen in Anatolien vom Mittelmeer bis zum Schwarzen Meer, von den Grenzen Transkaukasiens und Persiens bis zum Ägäischen Meer ausgeführt. In Europa werde Konstantinopel ein breiter Streifen Osttraziens unter der vollen Souveränität des Sultans verbleiben. Die Territorien um die Meerengen würden militärisch. Die alliierten Streitkräfte auf Gallipoli und alliierte Militärinspektoren würden über die Aufrechterhaltung der Maßnahmen wachen.

Die alliierten Minister verurteilten nicht, die Lage der Armenier zu prüfen, die so oft das Opfer von Konflikten wurden, deren Schauplatz der Orient sei. Sie entschieden sich, dem Völkerverbund die Sorge anzuerkennen, Mittel zu finden, die den von den Armeniern ausgesprochenen Wünschen Befriedigung geben könnten. Die alliierten Minister erkannten an, daß die finanzielle Unabhängigkeit der Türkei in weitestem Maße gesichert werden müsse. Wenn sie auf Grund ihrer Beteiligung am großen Kriege an der Seite der europäischen Mittelmächte fallen zu tragen hätte, verlangte der Stand seiner Zahlungsfähigkeit eine Pauschalentschädigung. Unter dem Vorbehalt gewisser Schutzmahnahmen würde für die wirtschaftlichen Interessen der Alliierten keine weitere Finanzkontrolle der Türkei stattfinden.

Die alliierten Minister berieten auch Maßnahmen, um das Kapitalistensystem abzuschaffen, ohne die Interessen und Rechte Fremder in der Türkei zu gefährden. Alle diese Vorschläge der alliierten Minister würden den in Frage kommenden Staaten übermittleit, die aufgefordert werden, innerhalb drei Wochen in eine noch näher zu bestimmende Stadt Vertreter zu entsenden.

verkant Opfer und des schmerzlichen Opfer, das Opfer nationaler Schwelgerei. Kritik ist leichter, noch leichter ist es, einzelnen Berufsständen zu schmeicheln: am allerleichtesten ist die nationalpolitische Phrase. Wir gehen nicht den letzten Weg. Um des Vaterlandes willen wegen unserer nationalen Zukunft zeigen wir dem deutschen Volke den Weg schmerzlicher Opfer und harter, mühseliger Arbeit.

Landtag.

120. Sitzung.

Wünsche zur Fortbewaltung. — Entgegenkommen bei Schulwanderungen.

Berlin, 27. März.

Um 1 Uhr 20 Min. mittags wird die Sitzung eröffnet. In allen drei Reden wird zunächst ein Antrag auf Fortbewaltung des Beschlusses, wonach das Gesetz Großherlin dahin geändert wird, daß den ehrenamtlich tätigen Bürgern Aufwandsentschädigungen und freie Fahrt auf den Berliner Bahnen gewährt werden kann.

Abg. Dr. v. Borch verliest eine Interpellation der Deutschen Volkspartei und einen Antrag der Deutschen Nationalen, die gegen die Zuteilung der fünf Reichsdörfer an Polen protestieren. Er teilt dazu mit, die Regierung wolle die Interpellation übermorgen beantworten, darum überlege sich jetzt ein Eingehen auf den Gewaltakt der interalliierten Grenzkommission.

Abg. Dr. Meyer-Dempfer (Komm.) erhebt Einspruch dagegen, daß in diesem Falle die eingegangene Interpellation vorzeitig erledigt werden soll.

Vizepräsident Dr. Borch rethorisiert unter dem Befehl der Mehrheit diese Abweisung von der sonstigen Gesetzentwerfung mit der Selbstberichtigung des Falles.

Hierauf wird die zweite Beratung des Hausgesetzes der Fortbewaltung fortgesetzt.

Abg. Schillerup (Komm.) bei dem gegenwärtigen hohen Dollarkurs besteht die doppelte Gefahr, daß die Fortschritte des Wirtschaftens abhandeln und damit das Nationalvermögen vernichten. Alle Privatwaltungen müssen deshalb in Gemeindefähigkeit übergeführt werden.

Abg. Kausner (U. S.) verlangt gleichfalls die baldige Fortbewaltung eines Gesetzesentwurfes, der den gesamten Fortschritts in den Staatsbürgerschaften und auch für die Errichtung von Staatsstätten zur Weiterbearbeitung des in den Staatsverträgen geschlossenen Holzes folgt.

Abg. Graf Stolberg-Bergerode (D. Nat.) verlangt im neuen Fortschritt Wege zur Überwindung der letzten Schwierigkeiten. Die Fortbewaltung sei an den Verhandlungen über eine Verbilligung der Holzlieferungen für die Druckpapierfabrikation lebhaft interessiert. Rechner verlangt Maßnahmen zur Verbesserung des Verhältnisses zwischen Forstern und Oberforstern.

Abg. Jacoby-Raup (Str.) führt Beschwerde über die Fortbewaltung den rheinischen Landwirten gegenüber. Abg. Wehmer (Dn.) beklagt die Fortbewaltung des Baues von Landarbeiterwohnungen. Einer Landverbilligung muß unbedingt vorgebeugt werden.

Abg. Bismarck (So.) tritt der Fortbewaltung auf Entlastung des privaten Fortschritts bei.

Minister Dr. Wendt geht auf eine Reihe von Sonderwünschen ein. Er legt ein zweites Entgegenkommen den Schulen und anderen und gemeinsamen Sammelplatzanlagen gegenüber. Bei Verhandlungen im Falle gleicher Angelegenheit einer Gemeinde und eines Privaten erlernt den Zuschlag zu erteilen, geht nicht an.

Damit schließt die allgemeine Verbesserung. Der Fortschritt wird genehmigt. Es folgt die zweite Beratung des Hausgesetzes der landwirtschaftlichen Verwaltung (Ministerium, landwirtschaftliche Lehramtsstellen, tierärztliche Hochschulen, Viehzucht, Fischerei, allgemeine Ausgaben).

Abg. Dr. v. Bismarck (Dn.) berichtet über die Verhandlungen des Ausschusses. Der Ausschuss beantragt a. a., das Staatsministerium zu ersuchen, dafür zu sorgen, den Bedarf von Sozialstoffen und Gaugereien sicherzustellen und Anordnungen zu treffen, daß unrichtige Ausbeutung verhindert wird. Weitere Anträge behandeln die Wagenstellung für den Abtransport von Kartoffeln, Verhinderung von Felddiebstählen, Erweiterung polizeilichen Schutzes auf dem Lande und Ausbau des landwirtschaftlichen Schutzes.

Hollischer Lehrergesangverein.

Halle, den 26. März.

Seit Jahren zum ersten Male wieder trat der Lehrergesangverein unter Mitwirkung des Orchesters vor die Öffentlichkeit. So wenig das Wahljahr, das schon am Vortage in mühseliger Dämmerlicht getaucht ist und dem Morgen Besonnenheit gibt, sich beim Wachen gerade keine ideale Auffassungsmöglichkeit bietet, an sich zum Konzertsaal taugt, so entpricht es doch den Rahmenbedingungen, die die Nacht nach den Konzerten des Lehrergesangvereins erfahrungsgemäß immer groß ist. Das Bild war auch diesmal das gewöhnliche, nur daß eben der festliche Charakter infolge der Dunkelheit verborgen blieb.

Die Vortragssache war entsprechend der Bezeichnung „Großes Konzert“ umfangreich und anspruchsvoll und überschritt schon einermäßig die normale Aufnahmefähigkeit. Vielleicht hätte man die Kantate „Minale“ von Strauss zweckmäßiger an den Anfang gestellt. Denn trotz ihrer gelegenen Musik und der zahlreichen, unklarbar vorhandenen Schönheiten des Wertes auch in Hanglichen Einzelheiten ist die Ausdehnung doch nicht vollkommen durch den Inhalt gerechtfertigt, und häufige Wiederholungen des Wertes lassen manche Partien als lästig empfinden. Dem Absichten am Strauss galt weiter die Kapazität mit Rücksicht. Hier ist alles knapp zusammengefaßt, und das Bruchstück aus Goethes „Faust“ mit einer ohne Abkürzung in den Kern einbringenden Ausdruckskraft musikalisch gestaltet. Dem Wert ist das erste Wort erteilt, später tritt der Chor in zarten Harmonien hinzu, aber denen die Solostimme voll verhaltener Schönheit hinzusetzt.

Der erste Teil brachte Berges Hymnus „Meine Göttin“, ein Stück edel empfindender und langanhaltender Musik; Chor und Stadtkapelle brachten das Wert unter Wilhelm Krausers trefflicher Führung zu seiner Höhe. Das zweite inhaltlich über zu Regers „An die Hoffnung“, in welcher Gemalte Sänger, vom Orchester unterstützt, waren auch einige Male etwas stark begleitet, ihre in Ton und Ausdruck gleichmäßig abgerundete Klangkunst entfaltete. Von

Darauf wird die Weiterberatung auf Dienstag 12 Uhr versetzt. Schluß 6½ Uhr.

Der Hansa-Bund zur Reparationsnote.

Zu der Note der Reparationskommission sollte das Präsidium des Hansa-Bundes in seinen am 25. d. Mts. nach eingehender sachlicher Beratung einmütig folgende Entschädigung:

Der Hansa-Bund erwartet, daß der Reichstag sich den unerhöhten Forderungen der Note nicht unterwirft. Die Forderungen sind für die deutsche Wirtschaft und darüber hinaus für die gesamte Weltwirtschaft einfach unerschwinglich.

Neuwahl der Vorstehen des Hansa-Bundes. Vom Hansa-Bund wird uns mitgeteilt: Das Präsidium des Hansa-Bundes wählte, nachdem Geheimrat Dr. Rißler zum Ehrenpräsidenten ernannt worden ist, zu Vorstehenden des Präsidiums folgende Herren: Dr. Erdmann, Hannover, Dr. Bernann Fischer, M. d. R. in Berlin und Generaldirektor Meyer-Gerbers, Präsident der Eisenbahnen-Hauptverwaltung. Die Hauptversammlung des Hansa-Bundes findet vom 5. bis 7. Mai in Nürnberg statt.

Die Gesamtverluste der deutschen Wehrmacht

im Weltkriege betragen nach neuesten, im Januar 1. J. abgeschlossenen Feststellungen auf Grund amtlicher Materials: 1.805.555 Todesfälle und 4.267.779 Verwundungen, erwießen also eine Gesamtverluste von 6.073.334. Im Kriege 1870/71 wurden 413 Tote und 88.543 Verwundete gezählt, das Heer hat also damals einen Gesamtverlust von 129.956 Köpfen erlitten.

Der deutsche Verlust im Weltkriege bedeutet nach den Berechnungen des loeben in zweiter Auflage erscheinenden Buches „Vom Sterben des deutschen Offizierskorps“, herausgegeben von Generalleutnant a. D. v. Altr. (G. S. Müller u. Sohn), daß an jedem einzelnen der 1623 Tage des Weltkrieges 1114 Tote und 2616 Verwundungen, in jeder Stunde 46 Tote und 109 Verwundungen zu beklagen waren.

Aus dem reichen unvollständigen Material, das hier zum ersten Male der Öffentlichkeit zugänglich gemacht wird, seierner hervorgehoben, daß die Gesamtzahl der deutschen Kriegsteilnehmer 13 Millionen betrug. Von je sieben Mann ist also einer im Felde geblieben. Das aktive Offizierskorps hat 82.006 Offiziere und 1819 Fahndirige durch den Tod verloren, 86.213 Offiziere, Fahndirige und Fahnenjunker wurden vermerbt. In den Offiziersverlusten ist die Infanterie mit 75,3 Prozent überzogen beteiligt, an Toten kommen auf einen Offizier bei den Landwehren und Schützengruppen 35, bei der Marine 23 Unteroffiziere und Mannschaften. An Kriegesverlusten bezogen von Summe der männlichen Bevölkerung: Preußen 5,84 Prozent, Bayern 5,62 Prozent, Sachsen 5,43 Prozent, Württemberg 6,28 Prozent, das Deutsche Reich 5,84 Prozent. Von der Gesamtbevölkerung des Deutschen Reiches betragen die Kriegesverluste 2,79 Prozent.

Nach den Berechnungen des Generals v. Altr. ist das Deutschland durch den Weltkrieg und seine Folgen einen Seelenverlust von zwölf Millionen erlitten.

Der 9. Deutsche Seeschiffahrtstag

wurde Montag in Berlin mit einer Ansprache des Vorsitzenden des deutschen Seeschiffahrtsvereins Senator v. M. p. l. e. r. eröffnet, der insbesondere die jährlich erdienenen Vertreter der Reichsbehörden, so der Reichsstatistik, des Reichsverkehrsministeriums, des Reichsarbeitministeriums, des Reichspostministeriums begrüßte. Dann schiederte der Generaldirektor des Norddeutschen Lloyd die Lage der Seeschiffahrt. Es seien bisher 290 Schiffe mit 1,05 Millionen Tonnen Tragfähigkeit wieder hergestellt. Im Bau befänden sich 580 Schiffe mit 1,25 Millionen Tonnen Tragfähigkeit. Die Entschädigung des Reiches hätte sich auf 12 Milliarden Mark belaufen. Im Mai des v. J. sei über das Wiederaufbauprogramm auf 16 Milliarden Mark geschätzt worden. Demals habe der Preis für 1 Tonne Schiffsbauholz 2000 Mark betragen, jetzt aber stelle er sich auf 8300 Mark. Die Tendenz der sprunghaftigen Steigerung bestehe weiter. Diese Angaben

geben ein Bild von der Schwierigkeit, die der deutschen Schiffahrt für ihren Wiederaufbau entgegenstehen. Dazu kamen die vielfachen Hemmnisse, die ihr durch die Maßnahmen des Auslandes erwachsen. Gleichwohl geben die Reederverbände die Hoffnung nicht auf, in friedlichem Zusammenwirken mit der Arbeiterkraft wieder zu erstarren. Bedingung sei allerdings, daß die Entschädigung zu der Erkenntnis, daß die Weltwirtschaft nur dann wieder neu auferstehen könne, wenn auch Deutschland die Möglichkeit gegeben würde, sich mit seinen Kräften daran zu beteiligen. Die deutsche Seeschiffahrt wolle keine Subventionen und keinen Protektionismus; sie wolle aus eigener Kraft wieder zur Geltung kommen.

Der Redner bedauerte die Änderung der Handelsflagge und sagte, selbstverständlich füge sich die Seeschiffahrt den gesetzlichen Bestimmungen, wie sie das stets getan habe. Straftatbestände seien dafür nicht notwendig gewesen; aber er hoffe, daß man die Geltung, die sich die alte Handelsflagge in der Welt erworben habe, wieder erlangen werde und zu der Erkenntnis kommen werde, daß in dieser Beziehung keine parteipolitischen Gesichtspunkte den Ausschlag geben sollten.

Millionenzuwendung an die „Höcker“en Hörschulen.

Die Schweizerische Eidgenossenschaft hat dem bayerischen Ministerpräsidenten Grafen von und zu Scherzfeld zur Verteilung an die lokalen Institutionen der bayerischen Universitäten, dem württembergischen Staatspräsidenten Dr. Sieber für die Universität Tübingen und die technische Hochschule in Stuttgart und dem badischen Staatspräsidenten Dr. Hummel für die badischen Universitäten und die technische Hochschule in Karlsruhe je eine Mill. Mark zugewiesen.

Polizeiminister-Konferenz.

Vom Münchner Zeitung geht hier außer dem hiesigen Ministerpräsidenten auch Minister der Finanzen Dr. Schuler, nach Berlin zu der Konferenz der Polizeiminister der Länder, wobei es sich um das Schicksal der grünen Polizei handelt. Ferner reist der Finanzminister Dr. Kraußner-Berlin zur Konferenz der Finanzminister der Länder.

Deutsches Reich.

Professor Dr. Erdmann: Minister? Für den Posten des Reichsverwaltungsministers soll der Abgeordnete des Bayerischen Landtages Prof. Dr. v. Altr. in Aussicht genommen sein.

Im Auswärtigen Amt wurde heute der Vertrag zwischen dem Deutschen Reich und der letztbisherigen Republik zur Regelung der Wirtschaftsverhältnisse zwischen Deutschland und Letzland unterzeichnet.

Staatsliche Gezeitsstellen für Beamten. Die Zentrumsgesandten Marx und Genossen beantragten im Reichstage, daß die Reichsregierung ersucht werde, einen Gezeitsvertrag vorzuliegen, der die Vermittlung einer Gezeitsstelle (Abfindungssumme) für die bei ihrer Verbeirung aus dem Amte scheidenden Beamten enthalte.

Ueberführung von 50 Millionen Goldmark nach England. Im Laufe der nächsten Woche wird damit begonnen werden, die 50 Millionen Goldmark, die bei der Bank von England als Grundlage für deutsche Industrie- und Handelskredite hinterlegt werden sollen, von der Reichsbank nach dort zu überführen. Nach einem bereits vor längerer Zeit vom Reichstag angenommenen Gesetz werden diese im Ausland befindlichen Goldbestände als zum Goldbestande der Reichsbank gehörig bilanziert werden können.

Ueber viertausend Mark Waisenlohn. Aus Ostpreußen wird geschrieben: Wie sehr der geradezu kolossale Elend unserer Baltica einzelnen Volksgenossen zum Leid ausschlägt, zeigt das Beispiel eines unter tausend untergeordneten Arbeiter, die hart an der holländischen Grenze auf deutschem

RHEINBERG SEKT

Rheinberg & Co. Akt.-Ges. Gelsenheim am Rhein. Schloss Rheinberg

Gefahren empfindet man die Rettung zu finden. In — in Pflichten — als störend, dagegen gehören die Pflichten und unter den vielen, die dem untergeordneten Volk empfinden, und ihnen ein solches glückliches Engagement, und die Schicksale des Lebens ist in warmer Befreiung ersten. Den Höhepunkt bildet das Klavierquartett „Moll von Strauss. Nicht nur unter seinen Kammermusikwerken, in denen er immer dann am stärksten zu jeffen verbleibt, wenn das Klavier ein geistiges Wort mit zu sprechen hat, gehört es zu den bedeutendsten Erfindungen, sondern in der Kammermusikliteratur überhaupt. Der stark lebensfühlige Charakter auf dem Untergrunde einer pessimistischen Stimmung kam in der bezaubernden, fortziehenden Wiedergabe des Schachbed-Quartetts mit Auguste Schachbed-Quartett am Anfang zu prächtiger Höhe, und die Darbietung löste anhaltenden, freudigen Beifall aus. Dr. H. Kleemann.

Die Erhaltung von Hans Sieners Oper „Der Sonnenfänger“ erlebte in einer hervorragenden Aufführung am Städtischen Opern- und Schauspielhaus Hannover (Regie: Intendant Grunwald) einen außerordentlich starken Erfolg. Der Dichter-Komponist wurde mit Regisseur und Darstellern ungezügelt Male gerufen. Dieser entscheidende Erfolg dürfte Stieber in die erste Reihe der prominenten Opern-Komponisten Deutschlands gebracht haben.

Landestheater Götha. Die Aufführung des neuen Bühnenwerks „Der wilde Mann“, Komödie aus der Sturm- und Drangperiode eines Titanen, 4 Akte von Wanda Stein und Erich Pfeifer, gefallte sich zu einem Theatererfolg. Der Erfolg war außerordentlich stark, fürwahr. Die anwesenden Autoren, sowie Oberregisseur Ludwig, der den Beifall gab, wurden immer und immer wieder gerufen. Es ist anzunehmen, daß das interessante Werk, das auf jahrelangen Theatervorstellungen beruht und in einer gelungeneren Handlung den jungen Beifall bewirkt, seiner Dürre umgebung vorführt, sich selbst seinen Weg über die Bühnen bahnen wird. Bühnenkritiker: Vertriebsstelle des Verbandes Deutscher Bühnenkritiker, Berlin.

Vierter Abend des „Schachbed-Quartetts“.

Gasse, den 26. März.

Wieder nähere ich ein Konzertmeister seinem Ende. Das Schachbed-Quartett brachte seinen Ruf durch einen wohl gelungenen Abend zum Abschluß. Zu Beethoven's C-Moll-Quartett zeigte sich wieder die saubere, wohlgepflegte Art des Musiklers, durch das sich die Weiblicher Vereinigung auszeichnet. Die Feinheiten des Schachbed waren auch sorgfältig ausgeführt, und im Besonderen konnte man sich an der nachdrücklichen, feinen Musikfertigkeit ergötzen. Schachbed war mit dem C-Moll-Quartett vertreten, dem erfolgreichsten unter seinen Streichquartetten. Zwar in den

Wohnten, in Holland jedoch ihre Arbeitstätte haben. Diese Leute werden in holländischer Währung bezahlt und verdienen, wenn sie Tätigkeits leisten, wofür sie eine ständige Gehalt. Wenn sie in holländischer Währung bezahlt sind, so sind sie in holländischer Währung bezahlt. Die 40 Gulden betragen über den Umlauf, das ihr Gehalt mit ihnen die Grenze überschreitet, in über 4000 Papiermark vermindert. Das Monatsentkommen eines solchen Lohnempfängers beträgt also über 16000 Mark, eine Summe, für die man sich selbst im teuren Deutschland allerlei Gutes leisten kann.

Eine loyale Erklärung der Deutschen Volkspartei.

Auf einmütigen Beschluß der Demokratischen Reichstagsfraktion war deren Vorsitzender, Senator Dr. Peter sen, bei dem Vorsitzenden der Reichstagsfraktion der Deutschen Volkspartei, Herrn Dr. Stresemann, vorstellig geworden in der Angelegenheit der Anfrage Morath und Gesellen zur Beförderung des Hbg. Debus zum Vizepräsidenten. Herr Peter sen hatte ferner Zweifel geäußert, daß die Demokratische Fraktion in dieser Angelegenheit eine unparteiische Stellung eines ihrer vereinsamten und angeordneten Mitglieder erhalte. Dem Verlangen, die Angelegenheit zum Gegenstand einer Fraktionsbesprechung zu machen, ist die Deutsche Volkspartei bereitwillig nachgekommen. Sie hat durch ihren Vorsitzenden der Demokratischen Fraktion mitteilen lassen, daß die Anfrage nicht als eine solche der Fraktion zu betrachten sei und sie bedauere, daß aus dem Kreise der Fraktion die Anfrage, deren Zurückziehung infolge der bereits erteilten Antwort nicht mehr möglich war, gestellt worden sei. Wie Frauen aus dieser Erklärung der Volkspartei.

Am folgenden Tag bekannt, daß die drei Abgeordneten, deren Namen unter der Anfrage Morath standen, gegen den Angriff auf den Hbg. Debus protestiert haben! Deswegen wird Herr Morath noch mehr plamiert. Er wird wohl allein wissen, wie die Namen unter die Anfrage gekommen sind.

Auslands-Rundschau.

Verkaufsstelle für die Reichswehr. Eine Anzeige in der New Yorker Morgenzeitung vom Sonntag d. 27. März. Die englische Regierung bietet darin vier Lotsen, N. 33, N. 34, N. 37 und N. 38, mit vollständiger Ausstattung zum Verkauf an.

Bei der Wahl in Oesterreich erhielt der Koalitionslist 11 611, der Kandidat der unabhängigen Liberalen 9490 Stimmen. Bei der letzten Wahl erhielt der Koalitionslist 13 580, der Arbeiterpartei 9232 Stimmen.

Wahlkampf der Schwärmer-Flotte-Kommunisten. Bei der letzten in Paris vorgenommenen Wahlprüfung wurden die verurteilten Schwärmer-Flotte-Kommunisten Mary und Sabina, deren Wahl der Staatsrat für unzulässig erklärt hatte, wiedergewählt. Mary ergab 4456, sein Gegenkandidat nur 1787 Stimmen. Sabina hatte 941, der nächstfolgende Gegenkandidat der republikanischen Union 528 Stimmen.

Zum Waffenstillstand im Orient.

Wie aus Athen gemeldet wird, besteht die im Gelände der alliierten Mächte übermittelte Antwort der griechischen Regierung auf den Waffenstillstandsvorschlag aus zwei Teilen, deren einer die grundsätzliche Annahme des Vorschlages enthält, während der andere die Ansicht der griechischen Regierung über die Feindlichkeiten ausdrückt, unter denen der Waffenstillstand abgeschlossen werden soll, wobei die hinsichtlich der militärischen Bedingungen genannten Vorbehalte eine Rolle spielen. Die Preisfrage bildet die Antwort der Regierung im allgemeinen, hebt jedoch eine Reihe von Einzelheiten hervor, die bei der endgültigen Regelung der Verhältnisse im nahen Orient zu beachten wären. Sie bezieht insbesondere darauf, daß die zypriische Frage nicht Gegenstand der Erörterungen sein dürfte.

Von Nah und Fern Eisenbahnaus.

Magdeburg, 27. März. (Eine vierstel Million Diebstehle.) Ein Gefährtsmann wurde im Zuge um 250 000 Mark beraubt. Er hatte das Geld in seiner Handtasche mitgenommen und war in seinem Bettel eingeklinkt. Als er in Berlin erwachte, fand er nur seine Zeitung in der Handtasche vor. Die Mitreisenden waren aus dem Absteie verschwunden.

Stettin, 27. März. (Ein raffiniertes Schwindel) wurde am Freitag die Verurteilung beim. Er stellte sich als pensionierter Lehrer vor, der infolge eines Lungenleidens lungenleidend und dadurch dienstunfähig geworden sei und in den Ruhestand habe treten müssen. Seine Pension sei aber so gering, daß er sich mit seiner Frau und 7 Kindern im bittersten Elend befinde und daher auf Unterstützung seiner Kollegen angewiesen sei. Da seine Angaben durch die vorgelegten Papiere glaubwürdig erschienen, fand er hier mittellose Seelen und offene Hände. Unterer Sippe entging es zweifelhafte Auftreten des Fremdlinges nicht, daß er sie hinterlistigen Grund hatte, gegen denselben einzuschreiten, nur er verweigert. Am Sonnabend nachmittag aber konnte er sich auf diesem Bahnhofs verabschieden und der Hauptstadt zuführen.

Bremen, 28. März. (Das Genie Bahns) hier ein beim Kartellfesten übertragener Mann, der auf seinem Wege flüchtete und dabei in einem Graben stürzte. Es ist ein Arbeiter W. aus Neuhafenleben.

Delfen, 27. März. Das neue automatische Fernsprechschemata. Die Arbeiten für die Umgestaltung des Delfener Fernsprechnetzes von dem bisherigen System zum automatischen Betrieb, was für umzusetzen schon aus der letzten Durchgeführt wurde, werden hier mit allem Eifer durchgeführt. Die Umstellung macht sich durch die häufige Erweiterung des bisherigen Fernsprechnetzes und die nach dem Automatismus zu beschleunigten Räumlichkeiten erforderlich. Es ist die Möglichkeit von 2000 automatischen Anschlüssen vorgesehen. Man wird die automatische Einrichtungsarbeiten zum 1. April 1923 betriebsfähig haben.

Delfen, 27. März. (Sankt-Karoloffen.) Auf den hiesigen Wochenmärkten werden die Preisverhältnisse nun auch immer "überirdischer". Die Eier sind nach einem in den vorerwähnten Wochen eingetretenen nicht unerheblichen Preisrückgang auf 345 und 250 Mark, insofern als man wieder auf 300 Mark für ein Stück emporgelassen. Für eine ganze Hühnerhaut verlangt man 22 bis 30 Mark, für gute Hühner 8 Mark. Karoloffen sind bei diesen

Handeln zerschlagen zu haben, sie sind aber plötzlich alle "Sankt-Karoloffen" geworden, über die der inwärtige Karoloffen-Kennner allerdings die Angst und Schrecken über den ersten Karoloffen-Kennner wirklich bedauerndem Karoloffen-Kennner nun mit einem Mal die Grundränder auf dem Wochenmarkt an die "Sankt-Karoloffen" kommen? Aber für "Sankt-Karoloffen" kann man, ohne unerschrocken zu erscheinen, doch wenigstens 3,50 Mark für das Pfund fordern und nur es. Der Karoloffen ist es gleich, ob sie gepulvert oder gegessen wird!

Mien h. Lorenz, 27. März. (Die hiesige Gemeinde.) wurde verpackt. Auswärtige Mieter waren in geringer Zahl zugegen. Die höchsten Gebote auf die vier Jagdreviere gaben ab: 1. Gutschlicher Verwaltungen mit 2000 M., 2. Gutschlicher W. Lorenz mit 10 000 M., 3. Gutschlicher mit 10 000 M., 4. Gutschlicher mit 7500 M. Alles in allem 23 000 M. für rund 4000 Morgen Jagdland.

Gera, 25. März. (750 000 Mark Straf wegen Kettenhandels.) Vom Schöffengericht wurde der Fabrikant Stanislaus Schmidt, in Firma Schmidt & Co. wegen Kettenhandels zu einer Werts Geldstrafe und 750 000 M. Geldstrafe evtl. zwei weitere Monate Gefängnis verurteilt.

Altenburg, 26. März. (Bereiteter Raubmord.) Zwei Polizeibeamte nahmen nachts beim Museum im Schloßgarten eine Versteckung von Geld, die Entdeckung von Schmuckstücken und anderen Werten. Er ist gefänglich, die Wache gehabt zu haben, durch Einverständnis des Dieners ins Museum einzudringen und die Klingel zu schlagen. Er war bereits zu diesem Zweck die Dampfröhre bis zum zweiten Stockwerk emporgelassen. Der Dieb ist entflohen, die Wache wurde durch die Wache, der leibhaftig zur Ausübung des Diebstahls hierher gekommen sein will. Tags vorher hatte er sich bei Besichtigung des Museums die nötige Orientierung verschafft. In der Nachtzeit der Versteckung des Geldes nahmen zwei Zwerge, da er verurteilt wurde, die Wache zu schlagen.

Jena, 27. März. (Das Schloss) verurteilt im letzten Vierteljahr einen Preisbetrag von 122 332 Mark, der je zur Hälfte von der Stadtgemeinde und der Zeitungs-Gesellschaft wird.

Wöhrd, 27. März. ("Der Dieb ist ich!") Nach dem bekannten Rezept: "Halte den Dieb", hat hierlich hier der Kleinfeldwörter Einwohner C. Wehauer gearbeitet. Sein Plan war aber durchschaut, so daß er jetzt zu folgender Straferklärung gezwungen ist: "Der Dieb ist ich". Der Großmord habe ich in unzureichender Weise bedacht, daß er in Wöhrd im Käsegarten ein Fahrzeug entwendet habe. Die Verurteilung beruht auf Unwahrscheinlichkeit, der Dieb bin ich selbst gewesen!"

Weimar, 27. März. (Eröffnung einer Wägen-Mittelstation.) In unserer Stadt wird am 27. März eine Wägen-Mittelstation eröffnet, die nach der Grundidee eines Einzelverkehrsplanens mit dem neuen Säufahrer einleitet; das jährliche Schulgeld beträgt 200 M. bei einem Entkommen der Eltern bis 13 000 M., 300 M. bei höheren Entkommen.

Schnellfahren, 27. März. (Der Sturm) in der letzten Woche hat in unseren Waldungen großen Schaden angedichtet. Besonders in der Richtung nach der Höhe. Die Wägen sind so stark, daß sie an der rechten Seite der Straße nach dem Waldhaus von Gais nach bis zum Ende des Promenadenweges fast alle durchgefallen, etwa 450 hiesigen Nichten umgeworfen worden. Die Stämme liegen zum Teil quer über die Straße und hemmen den Verkehr.

Heilbrunn, 28. März. (Ein unglücklicher Beil.) In der Bauer Arnold in Reich war mit seinem zwölfjährigen Sohne im Walde beim Holzspalten beschäftigt. Der Sohn wollte einen Keil gerade ziehen und hüpfte sich, während der Vater ausachte und lachend. Das Beil ging dem Sohne in den Kopf. Nach einer halben Stunde starb der Knabe.

Kunst und Wissenschaft

Professor Alfred Bloßke gestorben. Kurz nach Vollendung seines 64. Lebensjahres ist Professor Dr. Alfred Bloßke, der bedeutende Berliner Ethnologe, seinem langjährigen Weib erkrankt. In ihm verliert die deutsche Wissenschaft einen hervorragenden Mitarbeiter auf dem Gebiet der völkervergleichenden Forschung, der mit der Hagen-Menschenkunde die ersten Schritte menschenwissenschaftlichen Schaffens und die Verdienste einer harten, noch freier Joes und deren Wert für das Gemeinwohl festzuhalten und deren Persönlichkeit zu erhalten. In erster Linie war es das Gebiet der Hagen-Menschenkunde, dem Bloßke sein Interesse und sein Studium widmete. Gegenstand einer Vortragsreihe im Jahre 1896, trat Bloßke in den Vordergrund wissenschaftlicher Beschäftigung. Er führte damals einen Fall von Leprosy vor, dessen Schicksal von keinem geringeren als Professor Engelmann wurde. Bloßke wurde in der Folgezeit durch seine Tätigkeit als Mitarbeiter auf dem Gebiet der Hagen-Menschenkunde, die im Jahre 1896, ging Bloßke zum Studium der Leprosy nach Nemei, in dessen Umgebung die Krankheit damals epidemisch auftrat. Damit war er der Dermatologie verfallen, der er ein treuer und vielseitiger Vorkämpfer geblieben ist. Auf sämtlichen Gebieten der Völkervergleichung hat sich die Bekämpfung des Geschlechtsverkehrs durch soziale und pädagogische Maßnahmen, und zwar in erster Linie durch die Bekämpfung der Prostitution. Die Deutsche Gesellschaft zur Bekämpfung des Geschlechtsverkehrs, die im Jahre 1907 von Bloßke und Hagen gegründet wurde, vertritt in Bloßke ihren unermüdbaren Leiter.

Sport-Berichte

Deutschland gegen Schweden.

Zweiten-Rundenkampf.
Stadthof, 27. März. In der bisherigen Spiele hatten die deutschen Vertreter, Oskar Kreuzer und A. W. Kabe, in der Stadthofhalle einen schweren Stand. Am ersten Tage, Sonnabend, gingen beide Einzelkämpfe für die Deutschen verloren: O. Kreuzer schlug D. Kreuzer nach erittertem Fünftaktkampf 6:3, 3:6, 6:3, 10:8 und Leonhard S. Müller erlegte heute 9:4, 8:6, 8:4, 6:4 bezogen. Der Sonntag zeigte ein für die deutschen Farben glühender Bild: Kreuzer-Kabe wurden von Anderson-Müller 6:1, 6:4, 6:2, 6:3 fertig und Kreuzer vermachte keine Niederlage vom Vorzuge durch einen glatten Sieg über Müller 6:1, 6:4, 6:2 wieder zu machen. Von dem Sieger des noch ausstehenden letzten Spieles zwischen Kabe und Anderson hängt der Ausgang des ganzen Länderkampfes ab. Bei der Vertauschung Andersons mit dem räumlichen Eigenschaften der Stadthofhalle, die einen Auslauf von nur 6 Meter hinter der Grundlinie und 2½ Meter Seitenausläufe aufweist, wird Kabe seine ganze Kunst zum Vorschein nehmen müssen, um eine günstige Einleitung dieses ersten deutschen Länderkampfes nach dem Kriege herbeizuführen.

Lagung des Internationalen Tennis-Verbandes.
Die Föderation Internationale de Lawn-Tennis hielt in Paris ihren Jahreskongress ab. Anwesend waren Vertreter von England, Australien, Südafrika, Belgien, Dänemark, Frankreich, Holland, der Schweiz. Den Vorsitz führte Clerke (Südafrika). Die Weltmeisterschaften auf gedeckten Courts 1923 wurden an Schweden vergeben. Falls Schweden nicht in der Lage wäre, das Turnier zu organisieren, kommt Spanien und nach ihm Frankreich an die Reihe. Eine Kommission zur Revidierung der Spielregeln wurde eingesetzt. In künstlichen Weidmattenwäldern wird die Herausforderung abgeschlossen, der

Vereinfacher mehr durchspielen. Es werden Schritte unternommen, um die Vereinfacher zu erleichtern und Japan um Schritt zu bewegen. Die Rechte erhalten folgendes Resultat: Präsident: M. Colan (Frankreich), Stellvertreter: Sabelli (England), Rechnungs-führer: Hanelle (Australien) und Raucos (Frankreich).

Zur Reform des Ehescheidungsrechtes.

Von Dr. Marie-Elisabeth Labers, M. d. R.

Aus den Reihen der Deutschen Demokratischen Partei wurde bereits im Januar 1921 im Plenum des Reichstages und sodann im November desselben Jahres in einer Anfrage an die Regierung auf die Notwendigkeit der Reform des Ehescheidungsrechtes hingewiesen. Zum 3. Male wurde vor wenigen Wochen die Gelegenheit im Hauptausschuß des Reichstages bei der Beratung des Justizgesetzes genommen, um diese schwierige und überaus ernste Frage zu erörtern und neuen anzuhören.

Bei der darauf folgenden Debatte zeigte sich eine fast einmütige Übereinstimmung der Parteien in der Überzeugung, daß die tatsächlichen Verhältnisse dahin drängen, einer Reform des Ehescheidungsrechtes näher zu treten. Diese Übereinstimmung — an der begreiflicherweise das Zentrum aus dogmatischen und von Jedermann zu achtenden Gründen nicht beteiligt sein konnte — ist umso erfreulicher, als Gegner einer solchen Reform sich nicht selten in dem Irrtum befinden, von den Reformen sei ein Angriff auf die Würde der Ehe gefürchtet, die mit äußerster Gewissenhaftigkeit die Verantwortung für die in ehegesellschaftlichen Leben eine hervorragende Stellung einnehmen, sind aber der Ansicht, daß es sich hierbei nicht um eine Frage der christlichen Weltanschauung handelt, sondern daß gerade der tief sittliche Gehalt der Ehe es verlangt, daß Verbindungen, denen längst jede innere — also die sittliche — Grundlage genommen ist, nicht zangsweise äußerlich zusammengehalten werden. Ein Zwang, der nicht nur jeden feiner empfindenden Menschen mit seinem sittlichen Gefühl in schwersten Konflikt bringt, sondern auch ungesellliche Wirkungen auf die heranwachsenden Kinder ausübt, wenn man sich deshalb im allgemeinen beruhert hat, daß an dem heutigen, sog. Schulbegriff nicht unter allen Umständen festgehalten werden kann, sondern daß dieses durch die Verrücktheitsprinzipien ergänzt werden muß. Trägt der Gesetzgeber der unglücklichen Tatsache Rechnung, daß in Tausenden von Fällen eine Ehe auch ohne das sühnbare Verbot des einen oder beider Ehegatten so tief zerfallen ist, daß keinerlei Hoffnung auf ein erträgliches Zusammenleben mehr gegeben ist, dann kann endlich die zwar ungewollte, aber häufig unvermeidbare unfruchtbare Konsequenz aus dem derzeitigen Nichtdasein beseitigt werden. D. h., in all den Fällen, in denen eine nicht wieder gut zu machende Zerrüttung festgestellt wird, brauchen die Ehegatten nicht mehr die trauglich schamlose Annahme zu machen, daß die Ehescheidung die Ehegatten in eine unheilvolle Lage versetzt, die nur durch die Fortdauer der Ehescheidung zu vermeiden ist, sondern daß die Ehe nur gelöst werden kann, wenn einem oder beiden Ehegatten eine höhere sittliche Schuld nachgewiesen ist.

Belagert dürfte dann für alle Prozesse bei der Ehescheidung die Ehe nicht am heutigen sog. Offizialverfahren festgehalten zu werden, da keine Schuld beweise beigetragen zu werden brauchen, sondern es fände die Zerrüttungsprozesse in das Verhandlungsverfahren überführt und so das ganz Verfahren von den jetzt üblichen qualvollen, beschämenden und verletzenden Auseinandersetzungen befreit werden. Wer nicht blind durch das Leben geht, oder wer gar als Ehescheidungsrichter tätig sein muß, hat einen besonders tiefen Einblick zu tun, wie sich darüber nicht in anderen Verhältnissen, die daran zu denken sind, nur am der Fortdauer der Ehescheidung zu vermeiden ist, sondern daß die Ehe nur gelöst werden kann, wenn einem oder beiden Ehegatten eine höhere sittliche Schuld nachgewiesen ist.

Belagert dürfte dann für alle Prozesse bei der Ehescheidung die Ehe nicht am heutigen sog. Offizialverfahren festgehalten zu werden, da keine Schuld beweise beigetragen zu werden brauchen, sondern es fände die Zerrüttungsprozesse in das Verhandlungsverfahren überführt und so das ganz Verfahren von den jetzt üblichen qualvollen, beschämenden und verletzenden Auseinandersetzungen befreit werden.

Wer nicht blind durch das Leben geht, oder wer gar als Ehescheidungsrichter tätig sein muß, hat einen besonders tiefen Einblick zu tun, wie sich darüber nicht in anderen Verhältnissen, die daran zu denken sind, nur am der Fortdauer der Ehescheidung zu vermeiden ist, sondern daß die Ehe nur gelöst werden kann, wenn einem oder beiden Ehegatten eine höhere sittliche Schuld nachgewiesen ist. In unglücklichen Fällen werden der eine oder beide Ehegatten erst auf sittliche Abwege gebracht, zu Unmoralitäten und Demoralisation verleitet durch die Unmöglichkeit, die Freiheit wieder zu erlangen und mit einem glücklicher bester geeigneten Partner ein nicht nur subjektiv glückliches, sondern auch objektiv dem Staate und der Gesellschaft nützliches Leben zu führen. Nicht selten leiden solche Ehegatten in freier Gesellschaft mit einem Dritten, die trotz ihres tiefen sittlichen Gehalts den Stempel des Konfessions trägt und die aus ihr hervorgehenden Kinder mit dem Mangel der Unmöglichkeit befallen.

Es darf nicht verkannt werden, daß kaum eine Frage wie die der Reform des Ehescheidungsrechtes mit größerem Ernst und tieferem Verantwortungsgefühl gepußt werden muß, und ganz besonders die Frauen haben ein wachsendes Auge darauf zu geben, daß vor allem die Rechte der Kinder, ihre Ansprüche auf körperlich, geistig und seelisch gesunde Erziehung gewahrt werden. Aber man soll sich auch davor hüten, an einer so tiefen Not, wie das augenblickliche Ehescheidungsrecht sie über Tausende und Abertausende verhängt, vorüberzugehen oder gar diejenigen, die für eine Reform eintreten, als leichtfertig, unfruchtlich und unehrlich zu brandmarken.

Nicht ein Angriff auf das Institut der Ehe und ihre Würde, liegt in der Mäßigkeit der Reform, sondern im Gegenteil das Bemühen, Mittel und Wege zu finden, um Lebensgemeinschaften, denen die wahre sittliche Grundlage, die geistig-seelische Gemeinschaft fehlt, nicht unter dem derzeitigen Zwange zusammenzuhalten, sie entweder die Ehegatten sich entschließen, einen im höchsten Grade unfruchtlichen Scheinprozess zu führen oder sich gar tatsächlich zu schwere sittliche Vergehen zu schuldig kommen zu lassen, daß sie der Forderung des Gesetzes für eine Scheidung genügen. Es ist zu wünschen und zu hoffen, daß in diesem Bestreben auch einander politisch noch so fern stehende Parteien sich zu gemeinsamer engerer Arbeit zusammenfinden.

Gegenm., Berlin und Druck: S. 10. Zeitung: Gesellschaft m. b. H. G. Berlin und Vertriebsstellen: Eugen Brinkmann; für das Postamt: Martin Kuchmann; für den lokalen und allgemeinen Vertrieb: Dr. Carl Pöhl; für Sport: Carl Pöhl; für den Schulbetrieb: W. A. H. Rinko. Für den Einzelverkauf: Kurt Rinko, Hamburg in G. G.

Bei Grippegefahr
Formamin
Tabletten

